



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, 28.6.2004
SEK(2004) 791

ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

ANHANG ZUM

**BERICHT DER KOMMISSION
AN DEN RAT UND DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT**

« Das Besondere Verwaltungsgebiet Hongkong: Sechster Jahresbericht (2003) »

{KOM(2004)414 endgültig}

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Umsetzung des Grundsatzes „Ein Land – zwei Systeme“	3
2.	Artikel 23 des Grundgesetzes.....	4
3.	Eine dynamische Bürgergesellschaft	7
4.	Die Rechenschaftspflicht in der Praxis	8
5.	Die Bezirksratswahlen	9
6.	Vorbereitung einer öffentlichen Befragung über die Reform des politischen Systems in Hongkong.....	10
7.	Neue Schritte in Richtung eines Gesetzes gegen Rassendiskriminierung	12
8.	Schweres Akutes Atemwegsyndrom (SARS).....	13
9.	Die Wirtschaft	15
10.	Handel	18
11.	Die Beziehungen zwischen der EU und Hongkong.....	19
12.	Fazit.....	20

1. UMSETZUNG DES GRUNDSATZES „EIN LAND – ZWEI SYSTEME“

– Bekräftigung des Grundsatzes

In seinem letzten Rechenschaftsbericht an den Nationalen Volkskongress vom März 2003 bekräftigte der damalige Premierminister Zhu Rongji, dass China im Einklang mit dem Grundgesetz des Besonderen Verwaltungsgebiets Hongkong uneingeschränkt zu dem Grundsatz „Ein Land – zwei Systeme“ steht.

Anlässlich der Unterzeichnung der Vereinbarung über engere wirtschaftliche Partnerschaft zwischen dem chinesischen Mutterland und Hongkong (CEPA) erklärte der neue Premierminister Wen Jiabao in seiner am 29. Juni 2003 in Hongkong gehaltenen Rede, dass die neue politische Führung Chinas „ohne Wanken an den politischen Leitlinien „Ein Land – zwei Systeme“, „Hongkong verwaltet sich selbst“, an weitreichender Autonomie und am Grundgesetz von Hongkong festhält und dass „die Zentralregierung von dieser gegenüber Hongkong verfolgten politischen Linie nicht abweichen wird.“

– Umsetzung des Grundsatzes

Es lassen sich einige neue Trends in der Umsetzung des Grundsatzes „Ein Land – zwei Systeme“ feststellen, dem ein dynamischer Prozess zugrunde liegt. Die Unterzeichnung der Vereinbarung über eine engere wirtschaftliche Partnerschaft und andere auf die wirtschaftliche Unterstützung des Gebiets abgestellte Maßnahmen der Zentralregierung gehen zwar auf Initiativen Hongkonger Wirtschaftskreise und der dortigen Behörden zurück, sind gleichzeitig aber auch neue Instrumente in der von Beijing gegenüber Hongkong verfolgten Strategie und bedeuten einen zusätzlichen wichtigen Schritt in Richtung wirtschaftlicher Integration.

Im Zusammenhang mit der von der Zentralregierung betriebenen wirtschaftlichen Revitalisierung von Hongkong hat Vizepräsident Zeng Qinghong, neuer Beauftragter für Hongkong und Macao, gegenüber führenden Vertretern der Provinz Guangdong klar zu verstehen gegeben, dass das Eigeninteresse einzelner Provinzen und Städte im chinesischen Mutterland hinter dem „gesamtchinesischen Interesse“ zurückstehen muss und dass die Zentralregierung die Stützung der Wirtschaft in Hongkong zur obersten Priorität erhoben hat.

Bereits in den achtziger Jahren haben Wirtschaftskreise in Hongkong die wirtschaftliche Integration des Gebiets in die Region des Perlflossdeltas in die Wege geleitet. Die nun mit Unterstützung der Zentralregierung, der Provinz Guangdong und der Gebietsregierung von Hongkong betriebene weitere Integrierung in die Entwicklungsstrategie für das Perlflossdelta bedeutet eine Festigung des Elements „Ein Land“. In Hongkong scheint ein breiter Konsens darüber zu bestehen, dass eine stärkere Einbeziehung Hongkongs in die Wirtschaft des Mutterlands keinen Widerspruch zum Konzept „Ein Land - zwei Systeme“ darstellt. Der Ausbruch der SARS-Epidemie zunächst in der Provinz Guangdong und dann in Hongkong hat Unzulänglichkeiten im Bereich der Kommunikation zwischen den zwei Nachbarregionen erkennen lassen. Nach überstandener Krise einigten sich die Gesundheitsbehörden der Provinz Guangdong und der Besonderen Verwaltungsgebiete Hongkong und Macao Anfang August 2003 auf ein Meldesystem für den Fall künftig auftretender Infektionskrankheiten.

Zwecks weiterer Integrierung und stärkerer Koordinierung zwischen der Provinz Guangdong und Hongkong wurde ein neuer Kooperationsrahmen entworfen. Beide Seiten kamen zudem

überein, die gemeinsamen Tagungen künftig auf einer höheren politischen Ebene stattfinden zu lassen. Beginnend mit der Sechsten Vollversammlung der Gemeinsamen Konferenz werden der Gouverneur der Provinz Guangdong und der Chef der Exekutive des Besonderen Verwaltungsgebiets Hongkong den Vorsitz führen.

2. ARTIKEL 23 DES GRUNDGESETZES

In den ersten neun Monaten des Jahres 2003 beherrschte die Debatte über den Entwurf eines Staatssicherheitsgesetzes in Umsetzung des Artikels 23 Grundgesetz das politische Geschehen in Hongkong. Die Regierung hatte nach intensiver Konsultierung der Öffentlichkeit im letzten Quartal 2002 Mitte Februar 2003 ihren Gesetzesentwurf vorgelegt. Im Vergleich zu den anfänglichen Vorschlägen vom September 2002 enthielt der Entwurf zahlreiche Nuancierungen und eine Reihe von Änderungen, die bereits Ende Januar angekündigt worden waren. Diese Änderungen waren die Antwort auf mehrere von der lokalen Bevölkerung und vom Ausland während der Konsultationsphase formulierte Bedenken. Im Folgenden die wichtigsten dieser Änderungen:

- Rücknahme der Vorschläge betreffend i) die Einführung des Besitzes die öffentliche Ordnung gefährdender Publikationen als neuer Straftatbestand, ii) die extraterritoriale Geltung des Straftatbestands Hochverrat und iii) Einführung der Unterlassung der Anzeige von Hochverrat als Straftatbestand.
- Änderung: Bekanntgabe geheimer Informationen durch unbefugten Zugriff eingegrenzt auf den Zugriff im Zuge einer straffälligen Handlung.
- Neudefinition: i) Einengung der Geltung der Bestimmungen zum Verbot von Organisationen auf solche, die von Organisationen des chinesischen Mutterlands „abhängen“ (statt ihnen „angeschlossen sind“); ii) Neudefinition der polizeilichen Ermittlungsbefugnisse und der damit verbundenen rechtlichen Garantien.
- Einführung eines ausdrücklichen Hinweises darauf, dass Auslegung, Anwendung und Vollzug aller Bestimmungen des Gesetzes in Konformität mit den internationalen Menschenrechtsübereinkommen erfolgen und dass alle Zuwiderhandlungen gegen Artikel 23 vor ein Geschworenengericht gebracht werden.

Gleichzeitig hat die Gebietsregierung ein 18bändiges Kompendium mit den Reaktionen der Öffentlichkeit auf die Vorschläge vorgelegt. Die Regierung erklärt, dass sich bei der Auswertung der 97.000 Anträge eine überwältigende Mehrheit für ein Inkraftsetzen des Staatssicherheitsgesetzes ergibt. Die Opposition hat diese Zahlen angefochten und bezichtigt die Regierung des missbräuchlichen Umgangs mit den Angaben und der Unterschlagung. Die Regierung hat zugesagt, die Fehler zu beheben, doch mit dem Zwischenfall hat sich die politische Atmosphäre aufgeheizt.

Die geänderte Fassung des Gesetzentwurfs wurde von der Öffentlichkeit sehr zurückhaltend aufgenommen, was sich auch daraus erklärt, dass die unübersichtlichen Bestimmungen zunächst einer zeitaufwendigen Überprüfung bedürfen. Aus der Wirtschaft und akademischen Fachkreisen kamen einige positive Kommentare. Das demokratische Lager wie beispielsweise der Anwaltsverband, die Article 23 Concern Group und die Katholische Kirche stellen nach wie vor die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes entschieden in Frage und äußern erhebliche Bedenken hinsichtlich der Auswirkung eines solchen Gesetzes auf die Rechtslage in

Hongkong. Ihre Kritik richtet sich vor allem gegen Verhöre unter Ausschluss der Öffentlichkeit, die Ausweitung der polizeilichen Ermittlungsbefugnisse, die mit der Verbotsprozedur vollzogene Verquickung des in Hongkong geltenden Rechtssystems mit dem des chinesischen Mutterlands, die problematische Einführung des Besitzes von die öffentliche Ordnung gefährdenden Publikationen als Straftatbestand und mangelnden Schutz des „öffentlichen Interesses“.

Der Gesetzesentwurf ging am 26. Februar im Legislativrat in die erste Lesung. Zum Rechtsausschuss, der sich mit der Überprüfung des Gesetzesentwurfs zu befassen hatte, wurde eine Rekordzahl von fünfzig Juristen hinzugezogen. Die Regierung kündigte indessen ihre Absicht an, das Gesetz spätestens am 9. Juli durch den Legislativrat zu bringen. Die Oppositionsparteien im Legislativrat versuchten mit verschiedenen parlamentarischen Prozeduren das Verfahren hinauszuzögern. Dabei wurden mehrere auf die Abhaltung einer neuen Befragung oder die Verlängerung der Frist für die Prüfung des Entwurfs durch den Rechtsausschuss abzielende Anträge der Opposition per Abstimmung zu Fall gebracht. In mehreren Anträgen wurde die Regierung aufgefordert, die Aussprache über den Gesetzesentwurf bis zum Ende der SARS-Epidemie auszusetzen.

Während derselben Zeit wurden im In- und Ausland Bedenken über den Gesetzesentwurf laut. In einer Stellungnahme vom 15. April würdigte die EU zwar die von der Hongkonger Regierung zur Änderung des Entwurfs in einigen Aspekten eingeleiteten Schritte, verwies aber gleichzeitig auf ihre noch verbliebenen Bedenken. Insbesondere nahm sie dabei Bezug auf den Passus über das Verbotverfahren und die weit gefasste Definition des Begriffs „Aufwiegelung“. In ihrer Stellungnahme brachte die EU zudem ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass Hongkong entsprechend dem Auftrag des Grundgesetzes letztlich allgemeine freie Wahlen einführen wird.

Das Europäische Parlament hat ebenfalls im April den dritten und vierten Jahresbericht der Kommission über das Besondere Verwaltungsgebiet Hongkong in einer einstimmigen Resolution verabschiedet und schwere Bedenken gegen verschiedene Aspekte des Gesetzesvorschlags zur Durchführung des Artikels 23 geäußert, namentlich gegen die Bestimmungen, die sich auf das Verbot von Organisationen beziehen, die im chinesischen Mutterland aus Gründen der nationalen Sicherheit mit einem Verbot belegt sind sowie gegen die Bestimmungen zu dem in den Augen des Parlaments völlig unzulänglichen Berufungsverfahren, das gegen Artikel 35 des Grundgesetzes verstößt. Das Parlament bedauerte zudem die Entscheidung der Regierung des Besonderen Verwaltungsgebiets, dem legitimen und auf breite Unterstützung beruhenden Wunsch nach Veröffentlichung einer vorläufigen Fassung des Gesetzes zu Artikel 23 GG und anschließender zweiter öffentlicher Befragung nicht stattzugeben.

Das Vereinigte Königreich, die USA, Australien und Kanada sowie zahlreiche internationale (Amnesty International, Human Rights Watch, Menschenrechtskommission für Asien usw.) und lokale Organisationen (Anwaltskammer Hongkong, Hong Kong Christian Institute, Journalistenverband Hongkong usw.) haben in der einen oder anderen Form ähnliche Bedenken wie die EU angemeldet.

In dieser Atmosphäre wachsender Kritik entschied sich die Regierung im Juni, im Rechtsausschuss u. a. folgende Änderungsanträge einzubringen: i) eine engere Fassung der Definition des Begriffs „Aufwiegelung“, ii) Befristung der Verfolgung von Aufwiegelungsdelikten, iii) Klärung der Einspruchsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Verhängung

von Verboten gegen Organisationen aus Gründen der Staatssicherheit, iv) Wahrung der Menschenrechte durch konsequentere Bezugnahme auf Kapitel III des Grundgesetzes.

Die erneuten rein technischen Änderungen wurden allgemein mit Befriedigung aufgenommen, da dadurch einigen der heikelsten Angelegenheiten die Spitze genommen wurde. Übersehen wurde jedoch nicht, dass sie verglichen mit den von Kritikern zur Wahrung der Grundrechte und Grundfreiheiten für notwendig befundenen Änderungen zu kurz griffen. Auf den Vorwurf hin, das Gesetz würde im Eilverfahren durch die Instanzen geschleust, erwiderte die Regierung mit dem Hinweis, dass der Rechtsausschuss den Entwurf in mehr als 100 Stunden Aussprache gründlichst durchleuchtet habe und dass mehr als 100 Einzelpersonen bzw. regierungsunabhängige Organisationen in vier Sondersitzungen des Legislativrats Gelegenheit zur Stellungnahme hatten.

Mit Näherrücken des 9. Juli wurden Kritik und Protest gegen den Entwurf immer lauter. Im Juni nahm auch der Druck seitens ausländischer Regierungen in Form sehr kritischer Verlautbarungen an die Adresse der Gebietsregierung erheblich zu. Am 1. Juli gingen mehr als 500.000 Menschen in Hongkong vor allem gegen die Einführung des Staatssicherheitsgesetzes auf die Straße. Diese Massendemonstration hat tiefe Spuren im politischen Leben des Gebiets hinterlassen. Zur Rettung des Gesetzes in letzter Minute kündigte die Regierung zunächst am 5. Juli drei erhebliche Änderungen zu den strittigsten Bestimmungen an. Bei diesen von der Opposition seit langem geforderten Änderungen ging es um Folgendes: i) Streichung des Verbotsverfahrens für örtliche Organisationen, die von Organisationen im chinesischen Mutterland abhängen, ii) Einführung des Begriffs Wahrung des öffentlichen Interesses zum Schutz der Pressefreiheit, iii) Streichung der Bestimmung über die polizeilichen Ermittlungs- und Vollmachten ohne richterliche Anordnung.

Angesichts der trotz dieser wichtigen Änderungen steigenden Ablehnung in der Öffentlichkeit entschied sich die Regierung dazu, die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs zu vertagen und kündigte für Ende September eine neue Runde der Öffentlichkeitsbefragung an. Dazu kam es, nachdem der Vorsitzende der Liberalen Partei, James Tien, am 7. Juli sein Amt im Exekutivrat niedergelegt hatte, nachdem sein Vorschlag zugunsten eines weiteren Aufschubs der Verabschiedung des Gesetzes von der Regierung abgelehnt worden war. Damit verlor die Regierung ihre für die Verabschiedung des Gesetzes notwendige Mehrheit im Legislativrat. Dieser Aufschub hinderte die Bürger in Hongkong nicht daran, im Juli zwei weitere Großdemonstrationen zu veranstalten. Daraufhin reichte das für eine reibungslose Einführung des Staatssicherheitsgesetzes zuständige Regierungsmitglied Regina Ip am 25. Juni ihren Rücktritt ein, den der Chef der Exekutive am 16. Juli annahm.

Die EU nahm zu den Juliereignissen in zwei Verlautbarungen Stellung. Am 7. Juli, kurz vor der Ankündigung der drei wichtigen Änderungen durch die Gebietsregierung, monierte die EU, dass die Bestimmungen über das Verbot lokaler Organisationen im Grunde unverändert geblieben waren und fügte warnend hinzu, dass diese Vorschläge – sollten sie schließlich verabschiedet werden – die Grenze zwischen der Rechtsprechung des Besonderen Verwaltungsgebiets und der des chinesischen Mutterlandes zu verwischen und letztthin die Autonomie von Hongkong zu beschädigen drohen. Am 16. Juli kommentierte die EU dann mit Befriedigung die drei Änderungen und den Aufschub des Gesetzgebungsverfahrens. Die EU gab erneut ihrer Hoffnung Ausdruck, dass Hongkong das anvisierte Ziel der allgemeinen Wahlen bald erreicht und begrüßte die neue Runde der öffentlichen Befragung und die somit geschaffene Möglichkeit, den Gesetzesvorschlag in Ruhe auszudiskutieren.

Mit der Demonstration vom 1. Juli, zu der der Streit um Artikel 23 der Auslöser war, begann ein Umdenken der Regierung, deren Grundeinstellung zu dem Problem sich nahezu vollständig wandelte, so dass sie auch die Festlegung einer Frist für die Verabschiedung aufgab. Der neu ernannte Staatssekretär für Sicherheitsfragen, Ambrose Lee, verfolgt eine flexiblere Linie und gibt sich allgemein zurückhaltend. Er hat Konsultationen mit den politischen Parteien wie der DAB, der DP und der LP aufgenommen. Im Laufe dieser Gespräche vollzog sich bei der wichtigsten pro Beijing-Partei ein einschneidender Kurswechsel: Sie rückte von ihrer ursprünglichen Forderung einer raschen Inkraftsetzung des Staatssicherheitsgesetzes ab und schlug eine Verschiebung des Gesetzesverfahrens auf die Zeit nach den Legislativratswahlen im September 2004 vor. Das Argument der Parteiführung war dabei, dass der Öffentlichkeit mehr Zeit gelassen werden muss, sich mit dem Hintergrund des Gesetzes vertraut zu machen. In diesem Kurswechsel spiegelt sich der Umstand wider, dass sich die Einstellung der Wähler zu den Parteien seit den Julidemonstrationen verschoben hat, was auch im Ausgang der Bezirksratswahlen seine Bestätigung fand (vgl. dazu Abschnitt 6).

Am 5. September kündigte der Chef der Exekutive Tung Chee Hwa an, dass der Gesetzesvorschlag wegen anhaltender Befürchtungen der Bevölkerung von Hongkong, die bürgerlichen Freiheiten könnten durch das Gesetz in Gefahr geraten, zurückgenommen wird. Gleichzeitig unterstrich er, dass es nun entscheidend darauf ankommt, dass Regierung und Bevölkerung alle Anstrengungen bündeln, um die Wirtschaft neu zu beleben. Ferner kündigte er eine Arbeitsgruppe zur Überprüfung der bisherigen Gesetzesarbeit an und stellte klar, dass es für die weitere Arbeit keinen festen Zeitplan gibt.

Die Rücknahme des Staatssicherheitsgesetzentwurfs war die letzte in einer Reihe von Konzessionen des Chefs der Exekutive seit der Demonstration vom 1. Juli. Dieser wichtige Schritt der Regierung fand den Beifall von Politikern, gesellschaftlichen und beruflichen Vereinigungen, Hochschulangehörigen, Rechtsexperten und ausländischen Beobachtern. Die Auswirkungen auf die politische Szene in Hongkong waren erheblich. Bis zum 31. Dezember 2003 lagen noch keine Hinweise darüber vor, wann die Gebietsregierung ein Dokument für die neue Befragung zum Artikel 23 vorlegen würde. Es ist bemerkenswert, dass die Zentralregierung in Beijing 2003 zu keiner Gelegenheit offiziell zur Problematik des Artikels 23 Stellung bezogen hat. Die EU hat zwischen Dezember 2002 und Juli 2003 im Zeichen ihres besonderen Interesses vier Stellungnahmen abgegeben. Die Europäische Kommission wird diese wichtige Angelegenheit weiter im Auge behalten.

3. EINE DYNAMISCHE BÜRGERGESELLSCHAFT

Im Verlaufe des Jahres 2003 hat die Bürgergesellschaft in Hongkong wieder an Dynamik gewonnen. Zu den bereits 2002 gegründeten zivilgesellschaftlichen Organisationen (Civil Human Rights Front, Democratic Development Network, Power For Democracy) kamen weitere hinzu (Article 23 Concern Group, Article 45 Concern Group, Project Democracy, 71 People Pile, Secondary Student's Union u. a. m.).

Diese zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen waren es vor allem, die mehr Demokratie verlangen, eine Revision der Gebietsverfassung fordern und die die zahlreichen Großdemonstrationen gegen die Amtsführung und die Umweltpolitik der Regierung organisieren. Sie sind es, die die Bürger in Hongkong in einer Vielfalt politischer und sozialer Fragen sensibilisieren und aufklären. Am 1. Juli sind so viele Menschen auf die Straße gegangen, weil sie den Eindruck gewonnen hatten, dass ihre persönlichen Freiheiten durch

das geplante Staatssicherheitsgesetz beschnitten werden könnten. Weitere Motive für die Demonstrationen waren die hohe Arbeitslosigkeit, das sich ausbreitende Gefühl des Versagens der Regierung im Umgang mit der SARS-Epidemie, der Einbruch am Immobilienmarkt mit mehr und mehr überschuldeten Eigentümern sowie eine Reihe von Zwischenfällen, in die die Regierung verwickelt war (vgl. dazu Abschnitt 5).

Der Aufruf zur Massendemonstration am 1. Juli erging von der Civil Human Rights Front, einem Zusammenschluss von mehr als 40 politischen, religiösen und gesellschaftlichen Gruppen, der sich im September 2002 konstituiert hatte. Die Arbeit der Organisation besteht darin, die Öffentlichkeit auf die mit dem Artikel 23 verbundenen Risiken aufmerksam zu machen und das Thema Menschenrechte weiterzuverfolgen.

Die Demonstration war eine wichtige Etappe in der Entwicklung der sich in Hongkong allmählich entfaltenden Bürgergesellschaft. Sie leitete zudem eine neue Phase der Demokratisierung und der politischen Reformen in dem Gebiet ein.

Bei der nächsten Demonstration fanden sich am 9. Juli rund 50.000 Menschen zu einer Nachtwache ein; sie war konzipiert als Protest gegen die nach dem ursprünglichen Plan letzte Lesung des Entwurfs zum Staatssicherheitsgesetz (wie bereits gesagt hatte die Regierung inzwischen beschlossen, das Gesetzgebungsverfahren zu vertagen). Die dritte Demonstration fand am 13. Juli statt, um der Forderung nach allgemeiner direkter Wahl des Chefs der Exekutive und aller Mitglieder des Legislativrats Nachdruck zu verleihen. Diese Demonstration wurde vom Democratic Development Network organisiert, das im Juli 2002 von den zwei Geistlichen Yiuming Chu und Louis Ha ins Leben gerufen wurde und in dem mehr als 30 gesellschaftliche und politische Gruppen zusammengeschlossen sind, die alle von der Regierung verlangen, zu den Themen Wahlreform und allgemeine direkte Wahl des Chefs der Exekutive und der Legislativratsmitglieder öffentliche Befragungen durchzuführen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass alle drei Julidemonstrationen trotz langen Wartens und langer Wege in sommerlicher Hitze friedlich verlaufen sind. Dies veranschaulicht die staatsbürgerliche Reife der Menschen in Hongkong. Die Demonstrationen zeigen ferner, wie sehr den Menschen in Hongkong an den Freiheiten und Rechten gelegen ist, die sie auch nach Rückübertragung der Souveränität an China weiterhin genießen. Es sei noch darauf verwiesen, dass sogar eine Organisation mit der eher provozierenden Bezeichnung „Anti-Tung Solidarität“ offiziell in das Vereinsregister aufgenommen wurde, wenn auch mit einiger Verzögerung.

Die Bürgergesellschaft in Hongkong ist nicht einseitig auf politische Rechte und Fragen der Demokratisierung ausgerichtet – einige regierungsunabhängige Organisationen widmen sich mit besonderem Einsatz dem heimischen Umweltschutz. In diesem Zusammenhang setzt sich vor allem die Organisation „Schützt den Hafen“ für eine Beschränkung der Landgewinnung im Zusammenhang mit der Phase II des Stadtentwicklungsprojekts Wanchai ein.

4. DIE RECHENSCHAFTSPFLICHT IN DER PRAXIS

Die am 1. Juli 2002 mit Beginn der zweiten Amtszeit des Chefs der Exekutive in das politische System eingeführte Rechenschaftspflicht fand auch 2003 in der Praxis Anwendung. Anlässlich des ersten Jahrestages ihrer Einführung haben zahlreiche Vertreter der Hochschulen, der Medien und der Politik die Praxis der Rechenschaftspflicht kritisch

beleuchtet – unter ihnen waren auch der Vorsitzende der Demokratischen Allianz (DAB) und der Vorsitzende der Liberalen Partei (beide ebenfalls Mitglieder des Exekutivrats).

Der politische Beauftragte für Verfassungsfragen legte am 18. Juli den Jahresbericht über die praktische Umsetzung der für die leitenden Beamten geltenden Rechenschaftspflicht. Der Bericht hebt die Fortschritte in Bezug auf die Handhabung der Rechenschaftspflicht innerhalb der Regierung, die Fortschritte in Bezug auf die Verwirklichung der Unparteilichkeit des öffentlichen Dienstes und die Fortschritte in der Zusammenarbeit zwischen der Exekutive und der Legislative hervor. Der Verfassungsausschuss des Legislativrats hielt am 21. Juli eine Aussprache über den Bericht. Die Mitglieder des Legislativrats, einschließlich führender Vertreter der regierungsfreundlichen Parteien, waren allgemein mit der Bilanz nicht zufrieden und verwarfen die im Bericht formulierte Bewertung. Der Bericht stellt ausdrücklich fest, dass die Einführung der Rechenschaftspflicht in die Regierungsarbeit eine methodologische Neuerung bedeutet, die noch weiter zu entwickeln sein wird; es heißt darin ferner, dass Verbesserungen besonders in der Kommunikation mit der Öffentlichkeit und dem Legislativrat möglich sind, so dass die öffentliche Meinung stärker berücksichtigt werden könnte. Der Bericht scheint andeuten zu wollen, dass die Regierung erkannt hat, dass Fehlleistungen zu einer Reihe von Zwischenfällen und schließlich auch zur Demonstration vom 1. Juli geführt haben.

Zu diesen Zwischenfällen zählen der Umgang der Regierung mit der SARS-Epidemie, der Entwurf zum Staatssicherheitsgesetz (Artikel 23 GG), die Hafenfestpleite (von der Regierung geförderte Werbeveranstaltung nach der SARS-Epidemie), die Amtsniederlegung des Vorsitzenden des Ausschusses zur Chancengleichheit und das allgemein auf Ablehnung stoßende Wanchai-Projekt. In jedem einzelnen Fall fanden sich einige oppositionelle Mitglieder des Legislativrats mit Teilen der öffentlichen Meinung zusammen, um den Rücktritt des jeweils zuständigen politischen Beauftragten zu fordern. Ganz offensichtlich stellen die Menschen in Hongkong seit Einführung der Rechenschaftspflicht in das politische System an die einzelnen Regierungsmitglieder noch höhere Anforderungen als zuvor.

Die Regierung erkennt an, dass die Einführung der Rechenschaftspflicht dazu dient, dem Legislativrat, den Medien und der Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, die Arbeit der politischen Beauftragten kritisch zu verfolgen. Anlässlich der Juliereignisse, die darin gipfelten, dass der Chef der Exekutive die Rücktrittsgesuche von zwei Regierungsmitgliedern (die Sicherheitsbeauftragte Regina Ip und der Finanzbeauftragte Antony Leung, die bereits im März ihren Rücktritt eingereicht hatten, der jedoch vom Chef der Exekutive nicht akzeptiert wurde) schließlich akzeptierte, haben deutlich gemacht, wie groß das Gewicht der Medien und der Öffentlichkeit inzwischen ist. Der Beauftragte für Verfassungsangelegenheiten hat es jedoch vermieden, einen Zusammenhang zwischen diesen beiden Amtsniederlegungen und der Rechenschaftspflicht herzustellen.

5. DIE BEZIRKSRATSWAHLEN

An den Bezirksratswahlen vom 23. November nahmen 1.066.373 Wähler bzw. 44,1 % aller Wahlberechtigten teil, was weit mehr ist, als die Wahlbeteiligung von 35,82 % im Jahr 1999. Zu besetzen waren insgesamt 326 Stadtverordnetensitze in 18 Bezirken. Weitere 102 Stadtverordnete wurden am 28. Dezember vom Chef der Exekutive ernannt, trotz lauter werdenden Forderungen des für Demokratie eintretenden Lagers nach Abschaffung des Systems der Direkternennung durch den Chef der Exekutive, das als übermäßige Einflussnahme seitens der Regierung gewertet wird.

Das Lager der für mehr Demokratie eintretenden Parteien – die Democratic Party (DP), die Association for Democracy and People’s Livelihood, The Frontier, Chan Wai Yip’s Alliance, Power for Democracy, Neighbourhood and Workers Service Centre und der Gewerkschaftsbund – gewannen 145 Sitze, während die Regierungsparteien - Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong - DAB (Demokratische Allianz für ein besseres Hongkong), Hong Kong Progressive Alliance und Civic Force – insgesamt 99 Sitze erobern konnten. Eindeutiger Gewinner war die DP, die 95 von den 120 Sitzen gewann, für die sie Kandidaten aufgestellt hatte, was einer Erfolgsrate von 79,2 % entspricht. Die Liberale Partei konnte 14 von 25 Kandidaten durchbringen und behauptete sich somit, während die der Regierung angehörende DAB (Demokratische Allianz für ein besseres Hongkong) eine schwere Niederlage einstecken musste, denn von 206 Kandidaten konnte sie nur 30 % durchbringen – bei den vorhergehenden Bezirksratswahlen konnten noch 47 % ihrer Kandidaten einen Sitz erringen. Der Vorsitzende der DAB Tsang Yok-sing zog aus diesem nach seinen Worten schlimmsten Debakel der Partei seit ihrer Gründung im Jahr 1992 die Konsequenzen und trat am 24. November zurück. Seine Nachfolge trat im Dezember der Generalsekretär der Partei Ma Lik an.

Politische Beobachter betrachten diese Bezirksratswahlen als einen Testlauf für die Legislativratswahlen im Jahr 2004. Die große Wahlbeteiligung zeigt, dass Hongkong auf dem Wege zur Demokratie ein gutes Stück vorangekommen ist. Der deutliche Sieg des für mehr Demokratie eintretenden politischen Lagers zeigt, wie tiefe Spuren die Massendemonstrationen vom Juli vergangenen Jahres in der Gesellschaft hinterlassen haben und ist zudem ein Zeichen für die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Arbeit der Regierung.

6. VORBEREITUNG EINER ÖFFENTLICHEN BEFRAGUNG ÜBER DIE REFORM DES POLITISCHEN SYSTEMS IN HONGKONG

Im Vordergrund der Debatte über die Weiterentwicklung des politischen Systems des Besonderen Verwaltungsgebiets Hongkong steht die Forderung der Bürger nach stärkerer Einbeziehung in das öffentliche und politische Leben. Einfache Bürger, politische Parteien und Gruppierungen, der Legislativrat, die Gebietsregierung und die Regierung in Beijing haben in dieser wichtigen Frage jeweils ihre eigene Position.

Die rege Beteiligung an Demonstrationen für mehr Demokratie und die hohe Beteiligung an den Bezirksratswahlen vom November waren ein klares Signal für den Wunsch der Menschen in Hongkong nach einem besseren Regierungssystem und nach politischen Reformen. Die wichtigsten Schlagwörter der politischen Veranstaltungen im Juli waren ein Bekenntnis zu mehr Demokratie und zur Wahl des Chefs der Exekutive im Jahr 2007 sowie zur Wahl sämtlicher Legislativratsmitglieder im Jahr 2008 in allgemeiner direkter Wahl.

Die Artikel 45 und 68 des Grundgesetzes nennen ausdrücklich die Besetzung des Amtes des Chefs der Exekutive und des 60 Mitglieder zählenden Legislativrats in allgemeiner Wahl als oberstes Ziel. Die meisten, wenn nicht gar alle politischen Parteien in Hongkong bekennen sich zu diesem Ziel. Unterschiede gibt es nur in Bezug auf den Zeitrahmen und die Modalitäten der zu diesem Ziel führenden politischen Reformen. Die DP und die ihr angeschlossenen Parteien und Gruppierungen drängen auf eine baldige öffentliche Befragung zur politischen Reform, damit die erforderlichen Vorkehrungen bis zur Wahl des Chefs der Exekutive im Jahr 2007 getroffen werden können. Angesichts des Ergebnisses der Bezirksratswahlen vom November hat auch die DAB eine klarere Position bezogen und

unterstützt nunmehr ebenfalls dieses Ziel. Die Liberale Partei hatte dagegen im Juni ihr Gründungsprogramm von 1993 geändert, in dem sie ursprünglich ebenfalls für die Direktwahl des Chefs der Exekutive im Jahr 2007 und die Direktwahl sämtlicher Legislativratsmitglieder im Jahr 2008 plädiert hatte, um nun einen allmählichen, wohlgeordneten Übergang zu einem demokratischeren System zu fordern. Nach dem 1. Juli rief dann der ehemalige LP-Vorsitzende Allan Lee die Liberalen auf, zu ihrer anfänglichen Position zurückzukehren.

Ein Antrag, mit dem die Regierung aufgefordert wurde, baldmöglichst eine allgemeine Befragung zur Verfassungsreform durchzuführen, scheiterte am 20. Februar 2003 im Legislativrat. Am 21. Mai und am 12. November hat der Legislativrat über Anträge zur Direktwahl des Chefs der Exekutive und die Direktwahl sämtlicher Mitglieder des Legislativrats debattiert. Beide Anträge scheiterten, doch es ist bemerkenswert, dass nach Aussage eines DAB-Abgeordneten die DAB am 12. November nur deshalb gegen den Antrag gestimmt hat, weil darin die Abschaffung des Systems der durch Ernennung und ex officio verteilten Sitze auch in den Bezirksräten gefordert wurde.

Bei der Debatte über den Antrag vom Februar erklärte der Beauftragte für Verfassungsangelegenheiten Stephen Lam: „Im Jahr 2003 widmen wir uns der Vorbereitung der Überprüfung. Wir haben bereits damit begonnen, intern über die für die Überprüfung und die öffentliche Befragung erforderlichen Verfahrensschritte zu recherchieren, und wir haben geprüft, wie viel Zeit der gesamte Prozess in Anspruch nehmen wird.“

In seiner Ansprache auf dem Empfang aus Anlass des chinesischen Nationalfeiertags am 1. Oktober stellte der Chef der Exekutive Tung Chee Hwa in aller Deutlichkeit fest, dass die Gebietsregierung verstanden hat, dass die Menschen in Hongkong Verbesserungen in der Führung der Regierungsgeschäfte und Demokratiefortschritte im Sinne des Grundgesetzes erwarten.

In einer Besprechung mit Mitgliedern des Hong Kong Democratic Development Network erklärte der Beauftragte für Verfassungsangelegenheiten am 13. Oktober, dass die Regierung alles daran setzen wird, noch vor Jahresende eine Entscheidung über Inhalt und Zeitpunkt der öffentlichen Befragung herbeizuführen. Im Anschluss an eine Besprechung mit dem Verfassungsausschuss des Legislativrats am 20. Oktober ging der Beauftragte für Verfassungsangelegenheiten ins Detail und erklärte, dass die Regierung wie folgt vorzugehen gedenkt:

- Einleitung der öffentlichen Befragung zur Verfassungsänderung im Jahr 2004
- soweit notwendig Einleitung der in den einschlägigen Anhängen des Grundgesetzes vorgesehenen Verfahren im Jahr 2005
- Inkraftsetzung im Jahr 2006 – soweit erforderlich – von Rechtsvorschriften, die sich für die demokratische Fortentwicklung als notwendig erweisen

Am 12. November erklärte der Beauftragte für Verfassungsangelegenheiten, dass die Methode für die Wahl des Chefs der Exekutive für die dritte Amtszeit notfalls geändert werden könne, selbstverständlich unter der Voraussetzung, dass der Chef der Exekutive und die Zentralregierung entsprechend den Bestimmungen des Grundgesetzes ihre Zustimmung dazu geben.

In einem Interview vom 8. Oktober erklärte der chinesische Premierminister Wen Jiabao hingegen, dass die Wahrung der sich aus dem Grundgesetz ergebenden Rechte und Freiheiten es erfordert, dass die Demokratieentwicklung in Hongkong sich nur ganz allmählich vollzieht. Der chinesische Staatspräsident Hu Jintao bekräftigte diesen Standpunkt am 3. Dezember anlässlich des Aufenthalts des Chefs der Exekutive zu Konsultationen mit der Zentralregierung in Beijing. Präsident Hu führte weiter aus, dass die politische Entwicklung von Hongkong für die Zentralregierung ein wichtiges Anliegen ist. „Unsere Position ist in dieser Hinsicht eindeutig: Die Entwicklung des politischen Systems des Besonderen Verwaltungsgebiets Hongkong muss sich in geordneten Bahnen und in Harmonie mit dem Grundgesetz und der politischen Situation vor Ort vollziehen.“ Er gab sich zuversichtlich, dass die Bevölkerung von Hongkong in dieser Angelegenheit zu einem breiten Konsens gelangen wird. Tags drauf gaben vier Rechtsexperten aus dem chinesischen Mutterland (drei von ihnen hatten bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes mitgewirkt) in einem Interview mit der regierungsamtlichen chinesischen Nachrichtenagentur unmissverständlich zu verstehen, dass die Art und Weise, in der der Chef der Exekutive und die Mitglieder des Legislativrats von Hongkong gewählt werden, nicht ausschließlich Sache des Besonderen Verwaltungsgebiets Hongkong und keine lokale, allein von den Menschen in Hongkong zu entscheidende Angelegenheit ist. Sie fügten hinzu, dass die Entwicklung des politischen Systems in Hongkong wichtige Interessen der Zentralregierung berührt. Die vier Rechtsexperten nannten als wichtigste rechtliche und politische Argumente Folgendes:

- „Ein Land“ ist die Prämisse für das Konzept „Ein Land – zwei Systeme“, und an dieser Prämisse ist unbedingt festzuhalten
- der adäquate Umgang mit der politischen Reform dient der Pflege der guten Beziehungen zwischen Beijing und Hongkong.

Der Chef der Exekutive bekräftigte sodann, dass die von den vier Rechtsexperten aus dem chinesischen Mutterland dargelegten Auffassungen die Rolle der Zentralregierung und ihre Anliegen widerspiegeln.

Die Darlegungen der vier Rechtsexperten löste in Hongkong eine juristische und politische Debatte über die Rolle der Zentralregierung im Prozess der politischen Reform des Besonderen Verwaltungsgebiets aus. Der Beauftragte für Verwaltungsangelegenheiten erklärte am 12. Dezember, dass der Zentralregierung eine durch die Verfassung festgelegte Rolle bei Änderungen der Verfassung des Besonderen Verwaltungsgebiets zufällt, und er fügte hinzu, dass das Grundgesetz dem Besonderen Verwaltungsgebiet Hongkong auf der Grundlage des Konzepts „Ein Land – zwei Systeme“ zwar weit reichende Autonomie, aber nicht die uneingeschränkte Selbstbestimmung einräumt.

Am 15. Dezember erklärte der Beauftragte für Verfassungsangelegenheiten, dass der Termin für die Abhaltung der öffentlichen Befragung zur politischen Reform nicht wie ursprünglich geplant Ende 2003, sondern erst im Januar 2004 bekannt gegeben wird.

7. NEUE SCHRITTE IN RICHTUNG EINES GESETZES GEGEN RASSEDISKRIMINIERUNG

In ihrem Hongkong-Bericht für das Jahr 2002 beschrieb die Europäische Kommission die ersten Schritte der Gebietsregierung von Hongkong in Richtung Einführung eines Gesetzes gegen Rassendiskriminierung. Die Hongkonger Vereinigung für Rassengleichstellung, in der Interessengruppen der einzelnen im Gebiet vertretenen Minderheiten und der Neuzuwanderer

vertreten sind, hat die Gebietsregierung erneut aufgefordert, rasch ein Gesetz gegen Rassendiskriminierung in Kraft zu setzen. Der Legislativrat hat im März einen Antrag verabschiedet, der die Einführung eines solchen Gesetzes befürwortet. Der Staatssekretär für Inneres Dr. Patrick Ho kündigte am 19. Juni an, dass der Chef der Exekutive die Notwendigkeit der Einführung eines solchen Gesetzes grundsätzlich anerkennt und dass ein Entwurf für ein solches Gesetz zwecks Einleitung einer öffentlichen Befragung vorgelegt werden sollte.

Nach Aussage des Innenbeauftragten wäre es Gegenstand eines solchen Gesetzes, das Bekenntnis der Regierung des Besonderen Verwaltungsgebiets Hongkong zu den Menschenrechten zu bekräftigen und das Gebiet in die Lage zu versetzen, seinen sich aus den internationalen Übereinkommen über die Beseitigung jeglicher Form von Rassendiskriminierung ergebenden Verpflichtungen nachzukommen. Die Regierung hat inzwischen den Plan gefasst, in der Legislaturperiode 2004-2005 eine Gesetzesnovelle zum Thema Rassendiskriminierung einzubringen.

Inzwischen wurde eine neue politische Partei – „The Rights Party“ – gegründet, mit dem Programm, die Rechte der Minderheiten zu schützen. Drei aus Pakistan stammende Mitglieder dieser Partei haben bei den Bezirksratswahlen kandidiert, um die Aufmerksamkeit auf die Probleme der Minderheiten in Hongkong zu lenken.

8. SCHWERES AKUTES ATEMWEGSYNDROM (SARS)

Im Februar wurde Hongkong zum Schauplatz eines massiven Ausbruchs der SARS-Epidemie, einer neuen Form von hoch ansteckender atypischer Lungenentzündung. Die Krankheit entwickelte sich rasch zur schwersten Epidemie seit Jahrzehnten. Als Ursprung der Epidemie wurde die chinesische Provinz Guangdong identifiziert, von wo sie mit einem so genannten „Indexpatienten“ nach Hongkong gelangte und rasch auf andere Gebiete übersprang. In Hongkong allein wurden 1755 Infektionen und 299 Todesfälle registriert; der Schaden für die Gesellschaft und die Wirtschaft ist enorm (vgl. dazu den Punkt 10 Wirtschaft). Durch die Epidemie wurde auch eine Reihe von Unzulänglichkeiten im System der öffentlichen Gesundheit des Gebiets sichtbar, und darüber hinaus wurden Informations- und Kommunikationsprobleme zwischen Hongkong und Kontinental China erkennbar.

Die Regierung hat zunächst nur zögernd auf den Ausbruch der Epidemie reagiert, was sicher im Zusammenhang damit steht, dass es sich um eine bis dahin unbekannte Krankheit handelte und dass das Meldesystem zwischen der Provinz Guangdong und dem Besonderen Verwaltungsgebiet Hongkong nicht in der gewünschten Weise funktionierte. Gemessen an diesen grundsätzlichen Problemen hat Hongkong die Krise noch relativ gut gemeistert. Dreieinhalb Wochen nach Bekanntwerden des „Indexfalls“ hat die Regierung ein ganzes Bündel drakonischer Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Virus getroffen; dazu gehörten: Verhängung von Quarantäne für Personen, die mit SARS-Patienten in Berührung gekommen sind und rigorose Rückverfolgung von eventuellen Kontakten, Schließung von Schulen, Verbreitung von Informationen über Gebäude mit gesicherten oder mutmaßlichen SARS-Fällen, obligatorische Abgabe von Gesundheitserklärungen bei der Ankunft in Hongkong sowie Fieberkontrollen bei allen ankommenden, abreisenden und Transitpassagieren im Flughafen Hongkong, in allen Seehäfen und an den Grenzen nach Kontinental China. Die zwei letztgenannten Maßnahmen blieben bis zum 31. Dezember 2003 in Kraft. Gleichzeitig haben die Behörden von Hongkong und Beijing Schritte unternommen, um das System der Meldung von Infektionskrankheiten und die Zusammenarbeit zu

verbessern. Die Behörden in Hongkong spielten auch bei den Bemühungen der Forschung um eine Therapie gegen die Epidemie, im Zusammenhang mit der Entwicklung eines Impfstoffs und der Untersuchung der DNS des Coronavirus, einschließlich seiner Mutationen, eine wichtige Rolle.

Die Weltgesundheitsorganisation hat die über das Gebiet verhängte Reisesperre am 23. Mai aufgehoben, nachdem an 20 aufeinander folgenden Tagen weniger als 10 Neuinfektionen gemeldet worden waren. Die Weltgesundheitsorganisation hat Hongkong für seine Maßnahmen zur Eindämmung der SARS-Epidemie und für die von den dortigen Beamten bei der Berichterstattung über die jeweils aktuelle Gesundheitssituation im Gebiet geübte Transparenz belobigt.

In dieser seit Jahren schlimmsten wirtschaftlichen und sozialen Krise haben die Menschen in Hongkong und in erster Linie die dortigen Ärzte und medizinischen Helfer besonnen, tatkräftig und aufopferungsvoll reagiert, trotz allzu verständlicher Angst vor der unheimlichen und bis dahin unbekanntem Krankheit. Um der Bedeutung der strikten Einhaltung von Hygienevorschriften und von vorbeugenden Maßnahmen zur Verhinderung von Infektionskrankheiten mehr Gewicht zu verleihen, hat die Regierung die Arbeitsgruppe „Team Clean“ eingesetzt, die unter der Leitung des zuständigen Beauftragten die Aufgabe hat dafür zu sorgen, dass das Lebensumfeld der Bürger von Hongkong künftig sauberer und gesünder wird - einige konkrete Ergebnisse sind bereits zu erkennen.

Die im Oktober vorgelegten zwei SARS-Berichte (der eine geht auf einen vom Chef der Exekutive beauftragten internationalen SARS-Expertenausschuss und der zweite auf die Krankenhausbehörde Hongkongs zurück) lösten in Hongkong eine kontroverse Debatte über die Art und Weise aus, in der die Behörden des Gebiets auf die Epidemie reagiert haben. Die Berichte haben vor allem für die Anfangsphase der Epidemie ein erhebliches Versagen des Systems offenbart, wie beispielsweise eine unklare Führung, mangelnde Koordinierung und Kommunikation der zuständigen Abteilungen untereinander, unzureichende Versorgung der Krankenhäuser, zur Bewältigung von Katastrophensituationen oder Epidemien nicht ausreichende Kapazitäten des öffentlichen Gesundheitswesens, doch keiner der Berichte enthält eine direkte gegen einzelne Beamte oder Dienste gerichtete Schuldzuweisung. Beide Berichte enthalten detaillierte Empfehlungen zur Behebung der aufgezeigten Unzulänglichkeiten und zur Schaffung eines modernen und leistungsfähigen Systems zur Prävention von Infektionskrankheiten in Hongkong. Die Regierung hat inzwischen die Einrichtung eines mit 155 Millionen HK\$ dotierten Treuhandfonds zugunsten der SARS geschädigten Familien beschlossen.

Der Umstand, dass keiner der politisch Beauftragten zur Rechenschaft gezogen wurde, stieß in der Öffentlichkeit auf Unwillen, und es erhob sich die Frage nach Sinn und Zweck der Einführung der Rechenschaftspflicht in das politische System. Dadurch sah sich der Legislativrat veranlasst, einstimmig einen Antrag zu verabschieden, der die Einsetzung eines elfköpfigen Ausschusses vorsieht, der die Aufgabe hat zu ermitteln, wie im Einzelnen mit dem Ausbruch der Epidemie umgegangen wurde. Es ist vorgesehen, dass dieser unter dem Vorsitz des Abgeordneten der Demokratischen Partei, Law Chi-kwong, arbeitende Ausschuss im Juli 2004 seinen abschließenden Bericht vorlegt.

9. DIE WIRTSCHAFT

2003 war für die Wirtschaft in Hongkong ein Jahr des Auf und Ab: Die SARS-Epidemie hat das Wirtschaftswachstum schwer beeinträchtigt und sich nachteilig auf die Stimmung der Wirtschaft und der Verbraucher ausgewirkt, doch das Jahresende stand dann wieder im Zeichen eines zurückkehrenden Optimismus. Die Julidemonstrationen wirkten sich beschleunigend auf politische Entscheidungen aus, die eine raschere und stärkere wirtschaftliche Integrierung von Hongkong und Kontinentalchina zur Folge haben dürften. Diese Serie von Unterstützungsmaßnahmen seitens der Regierung der Volksrepublik China hat zur Rückkehr des Vertrauens in die Wirtschaft des Besonderen Verwaltungsgebiets beigetragen, und als Folge davon ließ der Aufschwung im letzten Quartal des Jahres nicht lange auf sich warten. Die Binnennachfrage hat sich inzwischen belebt, was das Vertrauen zusätzlich gestärkt hat. Im Endergebnis konnten 2003 aufgrund des erneuten Aufschwungs und weiterhin florierenden Handels ein respektables Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 3,3 % erzielt werden.

Anfang 2003 wurde die Wirtschaftsleistung von den seit der zweiten Jahreshälfte 2002 steigenden Exporten getragen. Dieser positive Trend wurde jedoch im März durch den Ausbruch der SARS-Epidemie unterbrochen. Alle tourismusnahen Sektoren mussten schwere Verluste hinnehmen. Auf dem Höhepunkt der Krise brachen die Besucherzahlen um 70 % ein, die Auslastung des Hotelgewerbes fiel unter 10 %, die Arbeitslosenquote brach sämtliche Rekorde seit 1997, und gleichzeitig erhöhte sich der deflationäre Druck noch weiter. Zwar lief der Warenexport unverändert weiter, doch nahezu alle übrigen Sektoren der Wirtschaft wurden von einer Welle des Pessimismus erfasst.

Hinzukommende politische Schwierigkeiten haben die Stimmung weiter gedrückt, insbesondere seit der Demonstration am 1. Juli. Wohl wissend, dass ein rascher wirtschaftlicher Aufschwung das wachsende politische und soziale Unbehagen dämpfen würde, suchte die Regierung von Hongkong um Vergünstigungen bei der Zentralregierung in Beijing nach. Die Zentralregierung genehmigte sodann einige bedeutende Maßnahmen, um die Wirtschaft in Hongkong zu beleben. Es handelt sich im Einzelnen um folgende Maßnahmen:

– Vereinbarung über engere wirtschaftliche Partnerschaft (CEPA)

Am 29. Juni wurde eine Freihandelsvereinbarung zwischen dem chinesischen Mutterland und dem Besonderen Verwaltungsgebiet Hongkong unterzeichnet, gefolgt am 29. September von sechs ausführlichen Anhängen. Die Vereinbarung sieht Liberalisierungsmaßnahmen für den Waren- und Dienstleistungshandel und eine Rahmenvereinbarung zur Erleichterung von beiderseitigem Handel und Investitionen vor. Aufgrund der Vereinbarung gilt für 273 Erzeugnisse aus Hongkong – wertmäßig rund 60 % aller Exporte Hongkongs nach Kontinentalchina – seit 1. Januar 2004 Zollfreiheit. Im Bereich des Dienstleistungsverkehrs erhalten 18 Branchen früher bzw. unter günstigeren Bedingungen Zutritt zum Markt des chinesischen Mutterlands als im WTO-Zeitplan vorgesehen. In Sektoren wie Bauwesen, Immobiliendienstleistungen, Logistik, Verkehr, Vertrieb, Rechtsdienstleistungen und Dienstleistungen im audiovisuellen Bereich gehen die Zugeständnisse über die von China in der WTO eingegangenen Verpflichtungen hinaus. Die Kriterien für die Zulassung eines Unternehmens aus Hongkong zu den Vergünstigungen der Partnerschaftvereinbarung wurden für die meisten Sektoren ausgehend von dem Begriff „wesentliche Geschäftstätigkeit“ formuliert. Der WTO wurde der Abschluss der Vereinbarung über engere wirtschaftliche Partnerschaft am 27. Dezember 2003 notifiziert.

- Lockerung der Reisebestimmungen für Individualreisende aus dem chinesischen Mutterland

Die Zentralregierung in Beijing hat sich bereit gefunden, die Bestimmungen für Besuchsreisen Gebietsansässiger aus Kontinentalchina nach Hongkong zu lockern und parallel dazu den Höchstbetrag für Ausgaben im Besonderen Verwaltungsgebiet Hongkong anzuheben. Seit Juli 2003 sind Gebietsansässige aus ausgewählten Städten der Provinz Guangdong (und seit 2004 Gebietsansässige aus der gesamten Provinz Guangdong) sowie Gebietsansässige aus Shanghai und Beijing nicht mehr verpflichtet, sich für Besuche in Hongkong organisierten Reisegruppen anzuschließen und können nunmehr auf eigene Faust reisen.

- Bau der Brücke Hongkong-Zhuhai-Macau (XIANG GANG – ZHU HAI – AO MEN)

Das Brückenprojekt wurde zum ersten Mal vor mehr als 10 Jahren von privatwirtschaftlicher Seite lanciert; die Regierung des Besonderen Verwaltungsgebiets Hongkong hat nun diesen Vorschlag mit erneutem Interesse geprüft. Am 4. August gab die Zentralregierung den Regionalregierungen von Guangdong, Hongkong und Macau grünes Licht, eine Koordinierungsgruppe zur Förderung des Baus einer Brückenverbindung Hongkong-Zhuhai-Macau einzusetzen, bei der Hongkong den Vorsitz führt. Die Zentralregierung erteilte der Koordinierungsgruppe den Auftrag, die Vorbereitung des Brückenbaus zügig in Angriff zu nehmen.

- Bankdienstleistungen in Renminbi

Am 18. November haben die Währungsaufsichtsbehörde Hongkongs und die Zentralbank der Volksrepublik China eine Vereinbarung über Bankdienstleistungen unter Verwendung der Währung des chinesischen Mutterlands, Renminbi, unterzeichnet. Nach Einholung der Genehmigung von der Zentralregierung hat sich die Zentralbank der Volksrepublik China bereiterklärt, mit Banken in Hongkong Zahlungsausgleichsvereinbarungen zu schließen, so dass zunächst in einer Versuchsphase Privatkunden ab Januar 2004 Bankgeschäfte in Renminbi abwickeln können. Die Abwicklung von Geschäften in Renminbi ist auf Transaktionen beschränkt, die zur Deckung persönlicher Ausgaben von Privatpersonen notwendig sind; Investitionen und andere Arten von Kapitaltransaktionen sind von der Regelung ausgenommen.

Nach der Lockerung der Bestimmungen für Individualreisende trat in der zweiten Jahreshälfte eine spürbare Belebung im Einzelhandel und in den tourismusabhängigen Branchen ein. Die Zahl der Besucher aus Kontinentalchina stieg sprunghaft um 24,1 % auf 8,4 Millionen Personen an; gleichzeitig ging die Zahl der Besucher aus der übrigen Welt auf 15,5 Millionen Personen zurück (Rückgang um 6,2 % gegenüber 2002). Durchschnittlich gaben die Besucher aus Kontinentalchina in Hongkong 5.639 HK\$ (587 EUR) aus und übertrafen damit die US-amerikanischen und japanischen Touristen.

Vor dem Hintergrund sich verbessernder Handelsperspektiven bei anhaltend schwach tendierendem US-Dollar schnitten die Warenexporte gut ab. Der offiziellen Handelsstatistik der SAR Hongkong zufolge stieg der Gesamtexport 2003 um 11,7 % und erreichte einen Wert von 1,7424 Billionen HK\$ (181,5 Milliarden EUR), wobei der Anteil der Re-exporte um 13,4 % stieg und der Export nach Kontinentalchina bei anhaltend rückläufiger Produktion in Hongkong um 7,1 % zurückging. Der Gesamtimport wuchs gleichzeitig um 11,5 % auf

1,8058 Billionen HK\$ (188,1 Milliarden EUR) an. Das Handelsbilanzdefizit erreichte 2003 63,3 Milliarden HK\$ (6,6 Milliarden EUR).

Gegen Jahresende belebte sich der Wertpapiermarkt bei wieder erstarkendem Vertrauen der Wirtschaft und der Verbraucher in die wirtschaftliche Weiterentwicklung Hongkongs sehr rasch. Die Vereinbarung über engere wirtschaftliche Partnerschaft und der Strom der Besucher aus Kontinentalchina trugen das Ihre zu dem wiedererstehenden Vertrauensklima bei. Immobilienpreise und das Transaktionsvolumen kamen nach sechs Jahren der Flaute wieder in Bewegung. Der Aktienmarkt verbuchte gute Ergebnisse, bei reger Börsenzulassung und Kapitalaufnahme. Der Hang-Seng-Index erreichte während zweieinhalb Jahren nicht da gewesene Höhen, und der durchschnittliche Gesamtumsatz nahm 2003 gegenüber dem Vorjahr um 59 % zu.

Es ist ferner festzuhalten, dass der Ende 1998 einsetzende deflationäre Zyklus sich bei zunehmender wirtschaftlicher Erholung gegen Jahresende abschwächte. Der kumulative Verbraucherpreisindex sank im Juli um 4 %, kletterte aber dann kontinuierlich, bis er im Dezember bereits bei -1,9 % angelangt war. Auf das ganze Jahr bezogen fiel dieser Index im Schnitt lediglich um 2,6 % (von 2001 bis 2002 war er um 3 % zurückgegangen). Die Arbeitslosigkeit blieb das ganze Jahr hindurch hoch; sie erreichte während der Epidemie einen Höchststand von 8,7 % und ermäßigte sich gegen Jahresende auf 7,3 %.

Trotz besserer wirtschaftlicher Aussichten blieb das außerordentliche Haushaltsdefizit als gravierendes Problem bestehen. Das Gebiet hat nun schon seit drei Jahren in Folge ein Haushaltsdefizit zu verzeichnen, nachdem der Haushalt in der Vergangenheit traditionsgemäß stets ausgeglichen war. Für 2003/2004 wird ein Defizit von 49 Milliarden HK\$ - rund 4 % des BIP – prognostiziert, und das Defizit wird noch einige Jahre erhalten bleiben. Für das Ende des Haushaltsjahres 2003/2004 werden die Finanzreserven mit 266,4 Milliarden HK\$ angegeben, nachdem sie 2002/2003 noch bei 311,4 Milliarden HK\$ gelegen hatten.

Der ehemalige Finanzbeauftragte Antony Leung hat eine Reihe von Maßnahmen entwickelt, mit denen bis 2006/2007 ein Ausgleich des Haushalts herbeigeführt werden soll. Zu den Maßnahmen gehört eine Anhebung der Lohn- und Gewinnsteuern, die Einführung neuer Steuern und ein Plan für den Verkauf von öffentlichem Vermögen. Auf der Ausgabenseite ist eine Kürzung der Gehälter der öffentlichen Bediensteten um 6 % in zwei Stufen für 2004/2005 und 2005/2006 vorgesehen.

Der neue Finanzbeauftragte Henry Tang hat dagegen ausgeglichene Konten erst für das Jahr 2008/2009 angekündigt – in Anerkennung der Unmöglichkeit, unter den derzeitigen wirtschaftlichen Umständen zu einem ausgeglichenen Haushalt zu gelangen. Auch der Vorschlag für die Einführung einer Steuer zur Modernisierung der Grenzeinrichtungen ist inzwischen vom Tisch. Nach seiner Aussage prüft die Regierung andere Optionen, wie z. B. die Emission von Regierungsschuldverschreibungen, um Infrastrukturprojekte zu finanzieren. In Frage käme ferner die Einführung einer Umsatzsteuer zu gegebener Zeit.

Hongkong ist nach wie vor eine der wichtigsten südchinesischen Städte, und ihre Stellung im Perlflussdelta ist unangefochten. Mit dem CEPA dürften sich die Geschäftschancen erhöhen und die Marktstimmung verbessern. Dennoch hat die Wirtschaft auf die Freihandelsvereinbarung mit Kontinentalchina zunächst zurückhaltend reagiert. Der volle Umfang der Auswirkungen auf die Wirtschaft bleibt abzuwarten.

10. HANDEL

Nach Maßgabe des Grundgesetzes ist das Besondere Verwaltungsgebiet Hongkong als gesondertes Zollgebiet allein für seine Handelspolitik zuständig. Hongkong gehört zu den Gründungsmitgliedern der WTO und einer Reihe weiterer internationaler Organisationen. Zum Zeichen ihres Engagements für das WTO-System, für Freihandel und multilaterale Handelsregelungen, sollten sich die EU und Hongkong weiterhin entschieden für Fortschritte in der derzeitigen Runde der Handelsverhandlungen einsetzen. Hongkong hat angeboten, die Sechste WTO-Ministerkonferenz auszurichten. Die EU hat diesen Vorschlag unterstützt und wird auch weiterhin mit Hongkong zusammenarbeiten, damit die Verhandlungen, die sich auf alle substanziellen Themen der Entwicklungsagenda von Doha erstrecken, zum Erfolg führen. Die Europäische Kommission hofft, dass beide Seiten weiterhin konstruktiv bei der Verfolgung ehrgeiziger Ziele zusammenarbeiten und auf einen erfolgreichen Abschluss dieser Verhandlungsrunde hinwirken werden, damit der Handel weiter liberalisiert werden kann und damit das auf die Einhaltung von Regeln gegründete WTO-System weiterentwickelt und gefestigt wird.

Die Vereinbarung über engere wirtschaftliche Partnerschaft mit Kontinentalchina markiert eine bedeutsame Wende in der Handelspolitik des Gebiets, das bislang den Standpunkt vertreten hat, dass Freihandelszonen und regionale Handelsvereinbarungen vom Ziel multilateral vereinbarter Fortschritte ablenken könnten. Die Wende hat sich bereits mit den vor einigen Jahren mit Neuseeland geführten Sondierungsgesprächen über Möglichkeiten eines Freihandelsabkommens angekündigt. Die Europäische Kommission wird die Umsetzung der Vereinbarung mit Kontinentalchina aufmerksam verfolgen und dabei insbesondere auf die Einhaltung der WTO-Regeln achten. Dabei wird sie sich insbesondere darum bemühen sicherzustellen, dass die in Hongkong ansässigen EU-Firmen in keiner Weise benachteiligt werden.

Hongkong hat das WTO-Übereinkommen zum öffentlichen Auftragswesen unterzeichnet. 2003 kam es anlässlich des Ausschreibungsverfahrens im Rahmen des Victoria Harbour Reclamation Plan zu Meinungsverschiedenheiten. Unter Einhaltung der Bestimmungen des WTO-Übereinkommens setzte die Regierung von Hongkong daraufhin ein unabhängiges Gremium zur Überprüfung der Beschwerde eines beteiligten Unternehmers ein. Das Gremium stellte daraufhin fest, dass die Regierung einen der Bieter benachteiligt hatte und empfahl die Neuausschreibung des Auftrags.

Die Kommission begrüßt die Anstrengungen der Behörden von Hongkong, die rigorosen Vorschriften zur Bekämpfung der Warenpiraterie und das harte Vorgehen der Zollverwaltung in Hongkong. Die EU Wirtschaft klagt jedoch weiterhin darüber, dass Piraterieerzeugnisse und nachgeahmte Waren nach wie vor auf den Markt gelangen und hat dabei insbesondere die Aktivitäten der „fliegenden Händler“ im Auge. Ein größerer Einsatz der Polizei im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Rechte an geistigem Eigentum wäre hilfreich für eine erfolgreichere Bekämpfung dieser Art von Verstößen gegen die Rechtsvorschriften. Aufgrund seiner geographischen Lage in der Nähe der Produktionsstätten für nachgeahmte und Pirateriewaren besteht für Hongkong nach wie vor das Risiko, als Durchgangsstation für die weltweite Verbreitung der inkriminierten Waren missbraucht zu werden. Die EU-Statistik zu nachgeahmten Waren zeigt, dass im ersten Halbjahr 2003 immer noch 5 % der an den Außengrenzen der EU sichergestellten nachgeahmten Waren aus Hongkong stammen (15 % aus Kontinentalchina). Die Kommission appelliert mit Nachdruck an die Behörden von Hongkong, die Kontrollen zu verstärken und sich gemeinsam mit den Behörden von

Kontinentalchina mit Nachdruck um eine Lösung der die Rechte an geistigem Eigentum im grenzüberschreitenden Verkehr betreffenden Problematik zu bemühen.

Die Kommission begrüßt die Verabschiedung der geänderten Rechtsverordnung 2003 für den Telekommunikationsbereich (Fusions- und Akquisitionsgesetz). Mit dieser Rechtsvorschrift ist fairer Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt gewährleistet, und sie bietet zugleich einen klaren Rechtsrahmen für Fusionen und Akquisitionen im Telekommunikationsbereich. Die Kommission beklagt jedoch nach wie vor das Fehlen eines umfassenden Wettbewerbsrechts in Hongkong. Sie ist überzeugt, dass eine solche allgemeine Gesetzgebung gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen schaffen würde und somit weitere Garantien für ein wettbewerbsorientiertes wirtschaftliches Umfeld böte; sie ist umso mehr davon überzeugt, als von Seiten der EU-Wirtschaft und –Industrie immer noch Berichte über wettbewerbswidrige Praktiken in Hongkong eintreffen.

Sorge bereitet der Kommission außerdem die außergewöhnlich hohe Verbrauchsteuer (80 %), die in Hongkong auf Wein erhoben wird; sie ist in dieser Sache gemeinsam mit einigen Wein exportierenden Ländern 2003 beim politischen Beauftragten für den Finanzbereich vorstellig geworden. Die Kommission hat volles Verständnis für die Dringlichkeit und Notwendigkeit, angesichts des Haushaltsdefizits die Steuereinnahmen zu erhöhen, hat aber ihre Zweifel in Bezug auf den Nettovorteil, den der auf Wein erhobene Zoll für den Handel und die Wirtschaft insgesamt hat.

11. DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EU UND HONGKONG

Die EU ist in verschiedenen Sektoren der Wirtschaft des Besonderen Verwaltungsgebiets Hongkong gut vertreten. Aus der EU kam nach den Britischen Jungferninseln und Kontinentalchina der drittgrößte Anteil der in Hongkong im Jahr 2002 getätigten ausländischen Direktinvestitionen. Der Gesamtbestand der Direktinvestitionen aus der EU erreichte im Jahr 2002 304 Milliarden HK\$ (41,2 Milliarden EUR), was einem Anteil von 11,6 % an den Gesamtinvestitionen in dem Gebiet entspricht, und damit lag die EU weit vor den USA (7,1 %) und Japan (5,4 %).

Hongkongs drittgrößter Lieferant war im Jahr 2003 nach Kontinentalchina und Japan die Europäische Union, die gleichzeitig als Absatzmarkt für Exporte aus Hongkong hinter Kontinentalchina und den USA Platz 3 einnahm. Eurostat zufolge hat der bilaterale Gesamthandel zwischen der EU und Hongkong ein Volumen von 27,3 Milliarden EUR (Import Hongkongs in die EU: 9,34 Milliarden EUR; Export der EU in Richtung Hongkong: 17,96 Milliarden EUR) und ist damit seit 2002 (29,6 Milliarden EUR) leicht geschrumpft.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen sind eine Reihe von Unternehmen aus der EU in Hongkong gut positioniert. 2003 waren von 111 in Hongkong zugelassenen ausländischen Banken 35 in der EU registriert. Außerdem waren 2003 70 Gesellschaften aus der EU im Wertpapier- und Rohstoffhandel aktiv. Die Versicherungsgesellschaften aus der EU waren 2003 erneut führend vor allen anderen überseeischen Versicherungsgesellschaften. Von den 188 in Hongkong zugelassenen Versicherungsgesellschaften waren 33 in der EU registriert.

2003 hatten 284 Firmen aus der EU in Hongkong ihre regionale Hauptstelle und 641 ein regionales Büro. Ende 2003 waren nach Schätzungen 39.158 EU-Bürger als Gebietsansässige in Hongkong gemeldet.

Die zehn EU-Mitgliedstaaten Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich haben mit Hongkong Abkommen über Investitionsförderung und Investitionsschutz unterzeichnet.

Am 25. Juni fand in Brüssel ein Treffen zwischen dem Politischen Beauftragten für den öffentlichen Dienst im Besonderen Verwaltungsgebiet Hongkong, Joseph Wong, und dem u.a. für die Verwaltungsreform zuständigen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Neil Kinnock, statt. Beide Herren tauschten sich über die Reform des öffentlichen Dienstes in Hongkong bzw. bei der Europäischen Kommission aus und erörterten Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit der beiden öffentlichen Dienste, bevor sie weitere Sondierungsgespräche auf Arbeitsgruppenebene vereinbarten.

Am 17. Dezember 2003 hat der Rat der Europäischen Union das zwischen der Gemeinschaft und Hongkong geschlossene Rückübernahmeabkommen genehmigt, das sodann am 1. März 2004 in Kraft trat.

12. FAZIT

Das Jahr 2003 war für Hongkong außergewöhnlich ereignisreich. Die Regierung ebenso wie die Menschen in Hongkong wurden durch die SARS-Epidemie und deren für Gesellschaft und Wirtschaft und somit auch für die Führung der Regierungsgeschäfte gravierenden Konsequenzen auf eine harte Probe gestellt. In dieser schwierigen Zeit haben die Menschen in Hongkong während der Demonstrationen für mehr Demokratie und Reform des in Hongkong herrschenden politischen Systems Besonnenheit, staatsbürgerliches Bewusstsein, Disziplin und politische Reife an den Tag gelegt. Die in dieser Situation sichtbar gewordenen Qualitäten der Menschen in Hongkong liefern einen wichtigen Beweis dafür, dass sie durchaus bereit und in der Lage sind, voll verantwortlich in einem demokratischen System mitzuwirken.

Die Europäische Kommission hat die Unterzeichnung der "Vereinbarung über engere wirtschaftliche Partnerschaft" zwischen Kontinentalchina und dem Besonderen Verwaltungsgebiet Hongkong zur Kenntnis genommen. Sie erinnert daran, dass die Umsetzung der Vereinbarung WTO-kompatibel sein muss und dass dabei kein anderes WTO-Mitglied diskriminiert werden darf. Die Europäische Kommission stellt mit Genugtuung fest, dass die wirtschaftliche Umstrukturierung in Hongkong bereits erste positive Wirkungen zeigt, und dass sich die wirtschaftliche Situation in dem Gebiet im Verlauf des letzten Quartals des Jahres 2003 beständig verbessert hat. Dies ist als gutes Vorzeichen für einen weiteren Aufschwung im Jahr 2004 zu werten, der aller Wahrscheinlichkeit nach das Ende des lang andauernden deflationären Zyklus bringen wird.